

Friedensdelegation begeistert empfangen

Eine aus Flüchtlingen und Guerillakämpfern bestehende Friedensdelegation ist in der Nacht zum Dienstag am türkisch-irakischen Grenzübergang in Silopi von Anhängern der kurdischen Partei für eine Demokratische Gesellschaft (DTP) begrüßt worden.

Aus den verschiedenen kurdischen Regionen, v.a. Silopi, Cizre, Beytüşşebap, İdil und Şırnak reisten Zehntausende jeden Alters mit Lastwagen, Traktoren, Bussen, Motorrädern und allem anderen, was zur Verfügung stand, ausgestattet mit Fahnen und grün-gelb-roten Tüchern an. In ihren Parolen brachten sie einerseits ihre Verbundenheit mit der PKK und Öcalan zum Ausdruck, andererseits aber auch die Forderung an den türkischen Staat endlich auf die politischen Lösungsansätze der PKK einzugehen und mit Öcalan in Gespräch zu treten.

Der Grenzübergang wurde allerdings schon in den Morgenstunden geschlossen und von Spezialeinheiten, Riot-Polizei und Soldaten umzingelt. Auch JournalistInnen werden vom Grenzübergang ferngehalten und es wurden sogenannte Jammer aufgestellt, die Handynutzung etc. unterbinden.

Die Reise der Gruppe aus den kurdischen Gebieten im Nordirak in die Türkei geht auf eine Initiative des zu lebenslanger Haft verurteilten ehemaligen Führers der illegalen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) Abdullah Öcalan zurück. Er will damit offenbar der türkischen Regierung in ihren halbherzigen Reformplänen gegenüber den Militärs den Rücken stärken.

Die Mitglieder der Reisegruppe wurden unmittelbar nach ihrem Grenzübertritt von türkischen paramilitärischen Polizisten festgenommen und verhört. Während 29 Teilnehmer nach stundenlangen Verhören in die Freiheit entlassen wurden, wurden fünf Personen unter dem Vorwurf der PKK-Mitgliedschaft einem Haftrichter vorgeführt, jedoch ebenfalls im Laufe des Dienstags freigelassen. Im Laufe der Woche wird noch eine weitere Friedensgruppe kurdischer Exilpo-

litiker aus Europa in der Türkei erwartet.

„Anfang vom Ende“

In der türkischen Presse wurde die Ankunft der Friedensgruppe als »Anfang vom Ende der PKK« gefeiert. Die regierungsnahе Tageszeitung *Today's Zaman* spricht von einem »Durchbruch, der zur Entwaffnung der PKK führen könnte«. Innenminister Atalay Bashir sieht einen Erfolg des Rückkehr-in-die-Heimat-Projektes, mit dem die Regierung die Rebellen von den Bergen holen wolle. Durch die freiwillige Übergabe der Guerillas an die türkischen Behörden würde die Regierung in ihrem kürzlich verkündeten Demokratisierungspaket zur Beendigung des jahrzehntelangen kurdischen Problems gestärkt, heißt es in *Today's Zaman*.

Es handle sich keineswegs um eine Kapitulation, denn die Guerilla sei schließlich nicht zum Spaß in die Berge gegangen, machte dagegen PKK-Führungsfunktionär Cemil Bayik deutlich. Die Kämpfer würden die Berge erst verlassen, wenn ihre politischen Forderungen erfüllt seien, deren Kern die verfassungsrechtliche Anerkennung der kurdischen Identität, kulturelle Rechte sowie ein Ende der Polizei- und Militäroperationen ist.

Störfaktor

Hintergrund der im Frühjahr von der türkischen Regierung verkündeten »kurdischen« oder »demokratischen Öffnung« ist die wachsende geopolitische Bedeutung der Türkei nach dem geplanten Rückzug der US-Besatzer aus dem Irak und dem Bau neuer Pipelines wie der Nabucco-Gasleitung nach Europa durch kurdische Gebiete. Um als regionale Ordnungsmacht zu agieren, muss zuerst der Aufstand im eigenen Land eingedämmt und die PKK als Störfaktor ausgeschaltet werden. Dafür setzt der türkische Staat auf eine Strategie von Zuckerbrot und Peitsche. Die Ankündigung demokratischer Reformen etwa beim öffentlichen Gebrauch der kurdischen Sprache wurde von der größten Verhaftungswelle, die jemals eine legale kurdische

Partei in der Türkei traf, begleitet. Weit über 700 DTP-Mitglieder wurden seit April wegen angeblicher PKK-Unterstützung festgenommen.

Deutlich wird, dass die Regierung allenfalls die individuellen Rechte der Kurden erweitern will, doch keinesfalls sollen kollektive Rechte wie Autonomie oder auch nur kurdischsprachiger Unterricht gewährt werden. Doch selbst diese zögerlichen Reformpläne stoßen beim Militär und der nationalistischen Opposition auf Widerstand. Die Armee werde jede Abkehr vom in der Verfassung festgelegten Prinzip der Einheit von türkischem Staat und türkischer Nation verhindern, drohte Generalstabschef İlker Basbug.

Hunderttausende empfangen Delegation in Amed

Nach drei Tagen hat die Friedensdelegation aus der Guerilla und dem Flüchtlingslager Maxmur Diyarbakır erreicht. Sie war vorher aus der Region Şırnak über Mardin mit einem 30 km langen Konvoi von ca. 1500 Fahrzeugen gefahren. Die ganze Stadt stand still, als der Bus der Gruppe in Diyarbakır eintraf. Der Verkehr hörte auf zu fließen und in der ganzen Stadt hallten Parolen wider. Mehrere hunderttausend Menschen nahmen an einer Kundgebung am Stadtrand teil. Die Menschen sangen Lieder wie das des armenischen Künstlers Aram Dikran „Die Guerilla kommt“ und hielten Plakate mit Aufschriften wie: „Wir grüßen die Friedensbotschafter“ und riefen Guerilla-Parolen unter einem Feuerwerk. In der Friedensdelegation befanden sich auch 4 Männer und vier Frauen aus der Guerilla, die in Guerillakleidung auftraten. Ihnen wurden auf die Bühne rote Nelken überreicht.

Die Gruppe wurde vom DTP-Bürgermeister von Diyarbakır Osman Baydemir begrüßt und den SprecherInnen beider Delegationen wurden von ihm Blumen überreicht.

Die Menschen riefen nach den Reden Parolebn wie „Bijî Serok Apo“ und „Die PKK ist das Volk und das Volk ist hier“. Sie trugen KCK-Fahnen und grün-gelb-rote Tücher. (jW, 21.10., DIHA, 19./21.10., ISKU)

Meldungen

Waldbrände in Dersim

In der Umgebung der Roten Brücke in Dersim sind Waldbrände nach Militäroperationen ausgebrochen. Der Brand brach nach Artilleriefire aus einem Polizeistützpunkt neben einem in den 90er Jahren zerstörten Dorf aus. Da von den Behörden keine Anstrengung unternommen wurde, den Brand zu löschen, bemühen sich die EinwohnerInnen der umliegenden Dörfer darum. Die DorfbewohnerInnen sagten dazu: „Wenn in Antalya ein Waldbrand ausbricht, sagen die Behörden 'unser Herz brennt'. Wenn es hier passiert, interessiert es keinen.“ (DIHA, 19.10., ISKU)

Cizre: Kleinkind nach Polizeiangriff gestorben

Nachdem das 18 Monate alte Kind in Cizre von einer Tränengasgranate der Polizei am Kopf getroffen war, verstarb es in der Nacht zum 19.10. im Krankenhaus.

Das Kind war durch eine Tränengasgranate getroffen worden, die die Polizei im Rahmen der 9.-Oktober-Proteste wahllos in die Straßen und Häuser schossen. Das Kind wurde auf dem Schoß der Mutter auf ihrem Balkon getroffen.

(DIHA, 19.10., ISKU)

Menschenrechtsgericht verurteilt Zeitungsverbote

Die Türkei hat mit Sanktionen für vier Zeitungen gegen das Grundrecht auf Pressefreiheit verstoßen. Mit diesem Urteil gab der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte am Dienstag 26 Klägern Recht – Herausgebern, Chefredakteuren und anderen leitenden Angestellten der Zeitungen. Ihnen muss die Regierung in Ankara Entschädigungen in Höhe von 5000 bis 40.000 Euro zahlen. Außerdem soll jeder Kläger 1800 Euro Schmerzensgeld erhalten.

Die fraglichen Blätter waren zwischen November 2006 und Oktober 2007 wiederholt mit Erscheinungsverboten für Zeitspannen zwischen 15 Tagen und einem Monat belegt worden. Die türkische Justiz begründete dies mit Beiträgen, die in ihren Augen "Propaganda" für die verbotene Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) darstellten. Gegen die Verantwortlichen wurden zudem strafrechtliche Ermittlungen eingeleitet, die Verfahren sind noch anhängig.

DTPLer im Gewahrsam getötet

Der 52-Jährige starb im Gewahrsam an Schlägen auf den Kopf. Er war im Auto von Idil nach Sirtköy mit seinem Verwandten, dem DTP-Stadtratsmitglied Mehmet İlgin, von Sirtköy im Kreis Idil in der Provinz Şırnak unterwegs. Sie wurden um 23.30 in Idil auf der Straße nach Batman von einem Polizeipanzer und einem Zivilfahrzeug gestoppt. Nach einer Personalienkontrolle wurden beide zur Durchsuchung zur

Polizeidirektion von Idil gebracht. Während der Augenzeugen Mehmet İlgin draußen warten musste, wurde der als „verdächtig“ eingestufte İlçin in die Direktion geführt. Nach 15 Minuten wurde er mit zertrümmertem Schädel aus der Direktion gebracht. Nachdem erklärt wurde, dass İlçin aufgrund von Schlägen auf den Kopf gestorben sei, behaupteten die Polizisten, er wäre auf den Boden gefallen. Die Version der Polizei-

sten ist sehr zweifelhaft, da sich bei einem Sturz keine Verletzungen auf allen Seiten des Kopfes bilden. Auch die Schlagspuren an seinen Schultern erklären sich nicht durch diese Version. Der Vater von acht Kindern war in den letzten Tagen mit den Vorbereitungen für die Friedensgruppen beschäftigt. Die Leiche von İlçin wurde zur Obduktion in das Krankenhaus von Diyarbakır gebracht.

(DIHA, 21.10., ISKU)

Provokationen im Vorfeld von Guerilla-Beerdigung

Der Leichnam des Guerillas Necmeddin Ahmed Hasan, der vor etwa zweieinhalb Wochen zusammen mit einem Zivilisten und einem weiteren HPG-Mitglied laut Augenzeugenberichten nach der Festnahme von Spezialeinheiten des türkischen Militärs hingerichtet worden ist, wurde nach dem Verstreichen der gesetzlichen 15-tägigen Frist der Stadtverwaltung übergeben, da die Familie des Verstorbenen nicht in die Türkei einreisen kann. Die Getöteten waren von den Spezialeinheiten schwer verstümmelt worden.

Der Bürgermeister der Regierungspartei AKP Ferman Yıldırım versuchte, der Bevölkerung zu verbieten, an der Beerdigung teilzunehmen. Eine große Menschenmenge, unter der sich auch die regionale DTP-Führung befand, versammelte sich in Çal-

diran. Eine Delegation versammelte sich, um mit dem AKP-Bürgermeister zu sprechen. Der Bürgermeister äußerte auf die Forderung nach einem öffentlichen Begräbnis: „Ich erlaube das niemandem. Wenn es notwendig sein sollte, verscharre ich ihn in der Nacht. Wenn ihr es schafft, könnt ihr ihn ja danach wieder ausgraben und wo ihr wollt beerdigen.“

Aufgrund dieser Äußerungen protestierten die Menschen mit Parolen. Eine Menschenmenge zog vom DTP-Büro zum Krankenhaus, um den Leichnam abzuholen. Da sich das Krankenhaus weigerte, ihn herauszugeben, stürmten die Menschen die Leichenhalle und holten den Leichnam von Necmeddin Ahmed Hasan heraus. Sie trugen den Sarg in einem mit Bildern des Gefallenen ausgestatteten

Demonstrationszug, bedeckt mit den kurdischen Farben, zum Friedhof. Es wurden Parolen wie „Die Gefallenen sind unsterblich“ und „Biji Serok Apo“ gerufen.

Auf der Zeremonie sagte der DTP-Kreisvorsitzende Metin Adugit: „Auf der Tagesordnung der Türkei sind gerade die Gruppen, die aus Kandil und Maxmur kommen. Die Gruppen sind in Diyarbakır von Hunderttausenden empfangen worden. Aber in Çaldıran ist die Tagesordnung eine andere. Wir sind hier, weil am 7. Oktober 2 HPG-Angehörige und ein Zivilist hingerichtet wurden. Obwohl nach dieser Hinrichtung 15 Tage vergangen sind, haben die Verantwortlichen des Staates alles in ihrer Macht Stehende getan, den Leichnam nicht herauszugeben.“

(ANF, 21.10., ISKU)

Staatlicher Überfall auf kurdische Vereine in Paris

Französische AntikapitalistInnen rufen zur Solidarität auf

In den Morgenstunden des 20. Oktober wurden der Vorsitzende des Verbandes kurdischer Vereine (FEYKA) Mehmet Ülker, das Vorstandsmitglied Mehmet Aydar sowie der Vorsitzende des kurdischen Ahmet-Kaya-Kulturzentrums (AKKKM) Celil Akdoğan sowie das Vorstandsmitglied Deniz Yıldırım nach stundenlangen Hausdurchsuchungen in Gewahrsam genommen. Gleichzeitig wurde auch das AKKKM-Gebäude durchsucht und dabei verwüstet.

Schon am Abend des 20. Oktober gab es Blockaden im Pariser Viertel Strasbourg Saint Denis um gegen die Repression und die Verhaftungen zu protestieren. Dabei wurde etwa eine

halbe Stunde lang eine Hauptstraße blockiert. Es wurden Parolen gerufen wie „Wir sind alle PKK!“. Die Polizei ging mit Tränengas gegen die DemonstrantInnen vor. Dabei wurden 6 Personen verletzt.

Die 10. Abteilung der Französischen Kommunistischen Partei und der Verein gegen Apartheid und Völkerfreundschaft MRAP erklären sich solidarisch mit den kurdischen Vereinen. Genauso wie viele in Paris lebende KurdInnen stellten VertreterInnen dem AKKKM einen Besuch ab. Die Repression gegen den kurdischen Verein und Verhaftungen missbilligend hat in Frankreich die Neue Antikapitalistische Partei (NPA) zur Solidarität mit KurdInnen aufgerufen.

Olivier Besancenot, Gründungsmitglied und Sprecher der NPA, hat gemeinsam mit KurdInnen für den Samstag zum Protest gegen die Repression aufgefördert.

Die NPA stellt die Frage, ob die Repression in Zusammenhang stehe mit dem kurz zuvor stattgefundenen Besuch des türkischen Staatspräsidenten Abdullah Gül in Frankreich. Zusammen mit der NPA haben der französische Verband der kurdischen Vereine FEYKA und das kurdische Ahmet-Kaya-Kulturzentrum AKKKM haben für den Samstag um 13.00 am Pariser Platz der Republik zu einer Protestkundgebung aufgerufen.

(ANF, 21.10., ISKU)

Der Straßburger Gerichtshof rügte diese Sanktionen als unverhältnismäßig. Die Berufsausübung der Betroffenen sei dadurch in unzulässiger Weise eingeschränkt worden. Die türkische Justiz hätte sich mit der Beschlagnahme bestimmter Aufgaben begnügen können, heißt es in dem Urteil.

(DS, 21.10., ISKU)

Bericht zum Schließungsverfahren gegen die DTP zum Monatsende

Der Präsident des Verfassungsgerichts Hasim Kilic teilte mit, dass der Rapporteur seine Stellungnahme zum Verbotantrag gegen die DTP zum Monatsende abschließen werde. Nach Vorlage der Stellungnahme werde der Antrag nach einer angemessenen Frist auf die Tagesordnung genommen. Ebenfalls in diesem Monat wird die Stellungnahme zur Klage gegen die Überführung der Zuständigkeit von Militärgerichten auf zivile Große Strafgerichte erwartet.

(CH, 15.10., ISKU)

Dink-Familie kritisiert Verfahren

Im Verfahren wegen des Mordes an dem armenischen Journalisten Hrant Dink hat sich die Familie mit einem Brief an das Gericht gewandt. Sie kritisiert darin die Passivität der Staatsanwaltschaft und dass alle ihre Anträge auf Erweiterung des Verfahrens zurückgewiesen wurden. Auf diese Weise seien nur die unmittelbaren Täter und der Tatzeitpunkt Gegenstand des Verfahrens. Dies lasse auf eine Entschlossenheit "tiefer" Kreise schließen, die Tatsachen zu verdunkeln. Am vorletzten Samstag fand auf der Istiklal Caddesi in Istanbul eine Demonstration statt, mit der die Forderung nach einer umfassende Aufklärung der Hintergründe des Mords und staatlicher Verantwortung gestellt wurde.

(Mi, 12.10., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
DS	Der Standard
jW	junge Welt
CH	Cumhuriyet
Mi	Milliyet

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der Informationsstelle Kurdistan Stahtwiete 10 22761 Hamburg Tel.: 040 - 421 02 845 E-mail: isku@nadir.org bestellt werden. Bestellen auf unser Konto: Postbank Köln, BLZ 37010050 Konto-Nr.: 3968-506 Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org